

näher analysiert und nur durch den Hinweis auf die Erste Tschechoslowakische Republik definiert. Was mit der Tradition des politischen Pluralismus in der Zwischenzeit seiner „Abwesenheit“ nach München 1938 und für mehr als ein Jahrzehnt nach 1948 geschah, davon ist nicht die Rede. Auch nicht davon, wie einfach es war, ihn bald nach 1968 wieder zu „verbannen“.

Statt all dem, was man wohl als brennende Fragen der politischen Kultur des Landes betrachten darf, widmen die Autoren ihre Aufmerksamkeit in erster Linie (ein Drittel des diesem Kapitel gewidmeten Textes) dem Versuch, die Ergebnisse von zwei Meinungsumfragen (aus dem Jahre 1946 und 1968) als Hauptquelle zur empirischen Analyse der für die Autoren relevanten Komponenten der politischen Kultur gültig zu machen.

Zugegeben, der Zeitpunkt, in dem sie ihre Bearbeitung begonnen hatten, war in einer Hinsicht ungünstig: Anfang der 70er Jahre hatten sie nicht genug Möglichkeit, die gesellschaftlichen Prozesse, Erscheinungen und Entwicklungselemente der postrevisionistischen Ära, die erst mit den Jahren ausgereift sind und sich klar herausgestellt haben, in ihre Analyse voll einzubeziehen. Deswegen sind ihre Ergebnisse von den nur wenig später publizierten Studien (H. G. Skilling, D. W. Paul) überholt worden. Doch waren die Autoren nicht ganz ohne Anhaltspunkte. Sie konnten doch die Anfang der 70er Jahre in der Zeitschrift *Svědectví* breit publizierte Diskussion über den tschechischen nationalen Charakter (wie einseitig und masochistisch sie auch immer gewesen sein mag) und den offenen Brief von Václav Havel an Gustav Husák vom April 1975 (die erste umfassende Analyse sowohl der Mentalität einer totalen Anpassung der „konsolidierten“ Massen als auch der Hauptmerkmale der offiziellen politischen Kultur in der Ära der Restauration; bereits im Sommer 1975 auch auf englisch publiziert) als Anlaß nehmen, ihre historische Perspektive zu erweitern.

Nicht alle Studien des Bandes verdienen soviel Kritik wie die über die Tschechoslowakei. Und es wäre völlig ungerecht — angesichts der geleisteten Pionierarbeit, der Fülle von weiterverwendbaren Informationen sowie des bewiesenen Mutes, neue Felder zu betreten —, den ganzen Band als dürftig zu bezeichnen. Die zweite Ausgabe der Publikation kurz nach der ersten im Jahre 1977 ist ein Zeichen für das rege Interesse der Fachleute an dieser Problematik. Wenn jedoch A. Brown für die kollektive Arbeit die Bezeichnung „a preliminary essay“ verwendet (S. 20), kann man seine Bescheidenheit nur begrüßen und sich dieser Wertung als einer sehr passenden anschließen.

Hannover

Vilém Prečan

*Walter D. Connor, Zvi Y. Gitelman, Adaline Huszczo, Robert Blumstock, Public Opinion in European Socialist Systems.*

Praeger Publishers, New York 1977, 196 S., \$ 18,50 (Praeger Special Studies in international Politics and Government).

Die öffentliche Meinung auszuloten, dürfte auch eigenen Regierungen in einem Rechtsstaat nicht immer gelingen. In den kommunistischen Ländern Osteuropas

sind die Umstände noch komplizierter. Einerseits möchten die Herrschenden gewiß gern wissen, was in den Köpfen der Beherrschten vorgeht. Andererseits bedeutet aber eine offene Meinungsforschung einige Gefahren. Dieses Dilemma waren sich die Autoren voll bewußt. Sie nahmen auch an — ob sie damit recht haben, sei dahingestellt —, daß die Methoden der Meinungsforschung in den einzelnen Ländern stark variieren würden; Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, DDR und Albanien wurden also teils mit, teils ohne Begründung außer acht gelassen. So blieb eine engere Auswahl nichtsdestoweniger heterogener Staaten — die UdSSR, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei.

Systematisch konnte man die Resultate der analysierten Ergebnisse nicht bewerten. Dazu waren die Verhältnisse im Ostblock viel zu unbeständig. Am besten läßt sich dies am Beispiel der Tschechoslowakei veranschaulichen, wo das erste Institut, das sich die Aufgabe stellte, über bestimmte soziologisch bedingte Verhältnisse nachzudenken, schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestand. Nach dem Krieg wurde das Institut organisatorisch dem Informationsministerium unterstellt, das damals der Kommunist Václav Kopecký leitete. Die für die KPTsch ungünstigen Resultate in der zweiten Hälfte des Jahres 1947, die eindeutig den Vertrauensschwund der Regierung Gottwald signalisierten, durften erst nach zwanzig Jahren während des sog. Prager Frühlings — seltsamerweise von dem damaligen Direktor — in einem Interview veröffentlicht werden. 1968/69 konnte man wieder ziemlich viel und in allen Richtungen fast wie in jedem demokratischen Staat auch über unpopuläre Themen nachdenken. Dann kamen die Klassenbrüder und die Soziologen widmen sich seither eher unverfänglicheren Aufgaben, die man noch vor deren spärlicher Veröffentlichung zu zensieren pflegt.

Das Kapitel über Polen bringt an sich keine Neuigkeiten; auch hier gab es unter Kommunisten für die polnische Soziologie glücklichere Jahre. So z. B. unmittelbar nach der Wahl Gomułkas zum ersten Sekretär der Partei, oder in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die als Wegbereiter der Ereignisse des Sommers 1980 betrachtet werden können. Diese Ereignisse aber haben praktisch alles, was in dem Buch besprochen wird, überholt.

Was die Forschung in der Sowjetunion betrifft, so ist zu ihrem Stand eigentlich wenig zu bemerken. Die Soziologie wurde lange Jahre unter Stalin, aber zunächst auch nach ihm als bourgeoise Pseudowissenschaft angesehen und war somit tabu. Dies ist von den Autoren nicht gebührend hervorgehoben worden. Sie sind vielmehr der Meinung, der junge sowjetische Staat konnte sich soziologisch und politisch motivierte Umfragen erst dann leisten, als klar wurde, daß sich das Volk mit der neuen Herrschaftsform identifiziert hatte, worüber man je nach Standpunkt lange diskutieren könnte. Ein Beispiel aus dem Jahre 1960 sei hier angeführt. Die Tageszeitung Komsomolskaja Pravda fragte, ob die Menschheit den Krieg abwenden könne? Sieben Jahre später wurde von einigen Politologen immer noch die Richtigkeit der Fragestellung angezweifelt. Wie könne man überhaupt eine solche Frage stellen, wenn sie an vom Marxismus-Leninismus festgestellten und in den Resolutionen des XX. Parteikongresses verankerten Wahrheiten. Zweifel anmelden? Soviel zur sowjetischen Problematik.

Vorsichtig, wie die Ungarn unter Janos Kádár mal sind, wird auch die Sozio-

logie in Budapest betrieben. 1968 wurde die Frage aufgeworfen, ob bei der Einführung des neuen ökonomischen Mechanismus auch das ganze System der Entlohnung angepaßt werden sollte. Wenn man bedenkt, daß die Menschen im Ostblock ihre Erfahrungen mit dem jeweiligen Regime schon ausreichend gemacht haben — und dies ihre Antworten beeinflusst —, kann man nicht besonders überrascht werden. Fast die Hälfte der Befragten war dafür, daß sich die Unterschiede bei Löhnen und Gehältern verringern sollten, und nach einigen Jahren plädierten sogar über zwei Drittel dafür, auch die Unterschiede im Lebensstandard der Ungarn zu verringern. Ob wir es hier schon mit dem vielzitierten neuen Menschen zu tun haben?

Trotzdem ist die Lektüre des Buches vor allem in den USA zu empfehlen. Beim richtigen Lesen tun sich hier die verschiedenen Welten auf. So undankbar die Aufgabe des Autorenkollektivs war, so dankbar sollten ihre ernüchternden Ergebnisse zur Kenntnis genommen werden.

München

Karel Kaplan

*Peter Hruby, Fools and Heroes. The Changing Role of Communist Intellectuals in Czechoslovakia.*

Pergamon Press, Oxford-New York-Toronto-Sydney-Paris-Frankfurt 1980, 265 S.

Mit „Narren und Helden“ (im Text selbst ist meist von „tragikomischen“ oder „traurigen“ Helden die Rede) meint der Autor die „kommunistischen Intellektuellen“ (zu diesem Begriff später), die anfänglich, nach seiner Auffassung als „überzeugte Antidemokraten“ (S. XVII), eine aktive Rolle beim Durchsetzen und Gestalten des totalitären Regimes in der Tschechoslowakei in und nach dem Februar 1948 gespielt hätten, später jedoch an dem radikalen Versuch, dieses System zu reformieren, teilnahmen, ja sogar dies „während einer unblutigen Revolution, erster dieser Art, beseitigt haben“ (sic!, S. XVI).

Den Rollenwechsel der „kommunistischen Intellektuellen“ wollte der Autor in einer Serie von etwa 30 Fallstudien („case studies“) analysieren und anschaulich machen. Seine im Vorwort deklarierte Absicht war es, persönliche Motive und historische Erfahrung der betroffenen Personen zu erforschen und womöglich im Spiegel ihrer eigenen Aussagen herauszustellen, wie diese Leute jeweils die gegenwärtige und die historische Realität sahen und reflektierten, wie sie ihre eigene Rolle im geschichtlich politischen und sozialen Prozeß jeweils verstanden, wie und warum sich ihre eigenen Ziele, Ansichten, Theorien und Aktivitäten mit der Zeit entwickelten.

Namentlich werden im Buch die folgenden „kommunistischen Intellektuellen“ stellvertretend für ganze Berufsgruppen behandelt: die Schriftsteller P. Kohout und L. Mňačko; der Journalist J. Štern; der Schachmeister L. Pachman; der Universitätsprofessor für Germanistik (früher Berufsdiplomat) E. Goldstücker; die Philosophen, Soziologen und Politologen A. Kolman, K. Kosík, M. Kusý, M. Lakatoš, P. Machonin, M. Machovec, Z. Mlynář, I. Sviták; die Politökonomien E. Loebel, R. Selucký, O. Šik; die Historiker K. Bartošek, M. Hübl (zugleich be-